



Jahresziele 1998

der Eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei

gemäss Art. 51 Regierungs- und
Verwaltungsorganisationsgesetz
vom 21. März 1997

(Bundesratsbeschluss vom 8.4.1998)

Inhalt

Einleitung	1
-------------------------	---

Jahresziele 1998 der Departemente und der Bundeskanzlei

– Bundeskanzlei	3
– Departement für auswärtige Angelegenheiten	5
– Departement des Innern.....	10
– Justiz- und Polizeidepartement.....	16
– Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport	19
– Finanzdepartement.....	21
– Volkswirtschaftsdepartement.....	27
– Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation.....	32

Anhang 1: Jahresziele 1998 des Bundesrats im Überblick	34
---	----

Anhang 2: Jahresziele 1998 des Bundesrats: Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte.....	36
---	----

Einleitung:

1. Jahresziele von Bundesrat und Departementen: Zweck und

Jeweils im Spätherbst heisst der Bundesrat seine *Jahresziele* für das Folgejahr gut und lässt diese informationshalber Parlament und Öffentlichkeit zukommen.

Mit der Erarbeitung und Umsetzung der *Jahresziele des Bundesrats* stellt sich auch die Frage des Verhältnisses von bundesrätlicher und departementaler Jahresplanung. Die in diesem Zusammenhang massgebende Rechtsgrundlage ist das neue Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz vom 21. März 1997 (RVOG). Im einzelnen hält Art. 51 RVOG fest, dass *die Departemente, Gruppen und Ämter ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrats planen. Die Departemente bringen die Planungen dem Bundesrat zur Kenntnis.* Ergänzend legt Art. 36 RVOG fest: *Bundesrat und Departementsvorsteher/-innen geben der Bundesverwaltung die Ziele vor und setzen Prioritäten. ... Bundesrat und Departemente beurteilen die Leistungen der Bundesverwaltung und überprüfen periodisch die von ihnen gesetzten Ziele.*

Vorliegendes Dokument führt die erstmals vom Bundesrat zur Kenntnis genommenen *Jahresziele 1998 der Departemente* zusammen. Wie in der Botschaft zu Art. 51 RVOG ausgeführt, sind die Departements-Planungen dem Bundesrat in einer Weise zu unterbreiten, die den Informations- und Koordinationsansprüchen sowie der Aufsichtspflicht von Bundesrat und Departementen Rechnung trägt. Sollen diese Bestimmungen umgesetzt werden, müssen die Departementsplanungen inhaltlich und formal gewisse Voraussetzungen erfüllen. Dazu zählt u.a. eine angemessene Ziel- und Massnahmendichte sowie die Vollständigkeit der Ziele und Massnahmen. Betreffend Beschlussfassung beschränkt sich der Bundesrat darauf, die Departementsplanungen zur Kenntnis zu nehmen; von einer Genehmigungspflicht wird abgesehen.

An diesen Bestimmungen orientiert sich auch die Rechenschaftsablage des Bundesrats. Im Rahmen des Geschäftsberichts wird jeweils ausgewiesen, inwiefern der Bundesrat seine *Jahresziele* erreicht hat. Erstmals wurde für das Geschäftsjahr 1997 auch die Geschäftsberichterstattung der *Departemente* im Sinne eines Soll-Ist-Vergleichs gestaltet. Mit den nun vorliegenden, inhaltlich auf den übergeordneten Rahmen abgestimmten und formal einheitlichen Departementszielen sind die Voraussetzungen für die effiziente Führung der Verwaltung im Sinne von Art. 36 RVOG weiter verbessert worden.

2. ... Konzept zur gegenseitigen Abstimmung von bundesrätlichen und departementalen Jahreszielen (gemäss BRB vom 8. April 1998)

Art. 51 RVOG folgend beschränkt sich der Bundesrat bei der Unterbreitung der Jahresplanungen der *Departemente* darauf, sicherzustellen, dass sich diese Dokumente an Legislatur- und Jahresplanung orientieren und dass sie sich als internes Aufsichts-, Informations- und Koordinationsinstrument für Bundesrat und Departemente eignen. Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten auf Regierungsebene (vgl. Art. 32, 30 RVOG).

Aus dieser Perspektive steht bei der Umsetzung von Art. 51 RVOG der Abstimmungsprozess der verschiedenen Planungen *im Vorfeld des Bundesratsbeschlusses* im Vordergrund. Im wesentlichen geht es darum,

1. sicherzustellen, dass die Departementsplanungen dem Bundesrat einen Überblick über die Ziele und Massnahmen ermöglichen;
2. wichtige Lücken in den departementalen Ziel- und Massnahmenkatalogen gegenüber den Zielen des Bundesrats zu erkennen;
3. Widersprüche zwischen bundesrätlichen und departementalen sowie zwischen departementalen Zielsetzungen resp. (nach Abschluss des Planungsjahres) zwischen bundesrätlicher und departementaler Geschäftsberichterstattung zu verhindern.

Die damit verbundenen inhaltlichen und formalen Anforderungen beschränken den Planungsspielraum der Departemente nicht. Den Departementen steht es frei, die bundesrätlichen Ziele innerhalb des gesetzten Rahmens (beispielsweise umsetzungsorientiert) zu differenzieren und die bundesrätlichen Ziele im departementalen Katalog aufgehen zu lassen. Ebenso kann und soll der Zielkatalog der *Jahresziele des Bundesrats* um zusätzliche Geschäfte - einschliesslich Geschäfte aus dem Zuständigkeitsbereich der Departemente - erweitert werden.

Gleichzeitig sind die Departemente allerdings gehalten, Ziele und Massnahmen der *bundesrätlichen Jahresziele* in ihre Jahresplanungen sinngemäss zu übernehmen sowie Ziel- und Massnahmenebene formal derart zu wählen, dass ein rascher Überblick über die geplanten Aktivitäten möglich ist. Bei diesen Arbeiten unterstützt die BK die Departemente mit entsprechenden Grundlageninformationen.

8. April 1998

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
Sektion Planungsfragen

ZIELE FÜR DAS JAHR 1998

Bundeskanzlei

Jahresziele 1998 * Ziele basieren auf den Jahreszielen 1998 des Bundesrates	Massnahmen 1998
* <u>Ziel 1</u> Verbesserung der Führungsprozesse auf der Ebene Bundesrat - Bundeskanzlei - Departemente	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Erarbeitung einer Organisationsverordnung des Bundesrates sowie weiterer Ausführungsverordnungen zum RVOG, Anpassungen in den Spezialgesetzgebungen ➤ Aufbau eines computergestützten Instruments zur ständigen Beobachtung aller wichtigen Bundesratsgeschäfte (Planungs- und Vollzugsphase) ➤ Erarbeitung von Diskussionsgrundlagen auf Stufe Bundesrat zuhanden des Vorbereitungsprozesses 'Legislaturplanung 1999-2003'
<u>Ziel 2</u> prozessorientierte und EDV-gestützte Arbeitsweise in der Rechtspublikation: Abschluss der Pilotphase in BK sowie teilweise in Bundesämtern	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Revision der Publikationsverordnung und Erlass allenfalls notwendiger Weisungen zur Abstützung der technischen Neuerungen im Bereich der Veröffentlichung der Rechtserlasse ➤ Einrichtung eines BK-internen KAV-Pilotbetriebes unter Einbeziehung möglichst vieler Stellen (Dienst-Veröffentlichungen, Rechtsdienst, Dienst Bundesratsgeschäfte, Sprachdienste) ➤ Ergreifung von Massnahmen zur Verbesserung und Ausweitung von Datenaustausch mit federführenden Aemtern
* <u>Ziel 3</u> Entwicklung einer bundesrätlichen Kommunikationspolitik (gemäss Art. 10, 11 und 34 RVOG)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Entwicklung eines Grobkonzepts für eine Informationsplanung auf Stufe Bundesrat
* <u>Ziel 4</u>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Straffung der Verfahren zur Vorbereitung der Bundesratssitzungen (Funktionsausbau Gene-

<p>Anpassung der herkömmlichen Verfahren und Abläufe zur besseren Bewältigung neuartiger Herausforderungen (strategische Reflexion/“Problemfrüherkennung“)</p>	<p>ralsekretärenkonferenz)</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Schaffung und Indienstnahme einer Dienststelle Grundlagenstudien (Problemfrüherkennung, Perspektivstudien)➤ Anpassung von Strukturen und Abläufen in ausserordentlichen Lagen (Auswertung SFU 97)
--	---

ZIELE FÜR DAS JAHR 1998

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Jahresziele 1998 * Ziele basieren auf den Jahreszielen 1998 des Bundesrates	Massnahmen 1998
* <u>Ziel 1</u> Beziehungen zur EU: Abschluss der bilateralen Verhandlungen, Umsetzung der Ergebnisse und Vorbereitung der nächsten Schritte	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Weiterführung der bilateralen sektoriellen Verhandlungen mit dem Ziel, möglichst bald zu einem Abschluss zu gelangen ➤ Intensivierung der Kontakte auf allen Ebenen der Verhandlungsführung
* <u>Ziel 2</u> Vorarbeiten für eine Vorlage zum Beitritt der Schweiz zur UNO	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausarbeitung des mit dem Postulat Gross Andreas verlangten Berichts über das Verhältnis zwischen der Schweiz und der UNO ➤ Begleitung der Parlamentsdebatten zum Postulat Gross und zur Motion Gysin
* <u>Ziel 3</u> Wahrung der schweizerischen Interessen in der Auseinandersetzung "Schweiz-Zweiter Weltkrieg" - allgemeine Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes im Ausland	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Unterstützung der Arbeiten des Spezialfonds, des Volcker-Komitees und der Unabhängigen Expertenkommission ➤ Umfassender Dialog mit den wichtigsten Akteuren, insbesondere in den USA. Grundsätze dieses Dialogs: offene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, entschiedene Rückweisung unberechtigter Vorwürfe ➤ Erklärung der schweizerischen Position gegenüber dem Ausland, insbesondere in den internationalen Medien ➤ Langfristige Planung der Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes ➤ Verstärkung der KOKO und Verbesserung der Koordination mit den anderen Institutionen, die sich um die Förderung der Schweiz im Ausland bemühen

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Konkretisierung verschiedener Projekte der KOKO zur Information über die Schweiz im Ausland ➤ Klärung der Rolle des EDA in den kulturellen Aussenbeziehungen
<p style="text-align: center;">* <u>Ziel 4</u></p> <p>Finanzielle Sicherung der weiteren Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten, der GUS und den Entwicklungsländern - Mitarbeit an internationalen Bemühungen zum Schutz ausländischer Investitionen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Fertigstellung der "Botschaft für den dritten Rahmenkredit für die Ostzusammenarbeit" und Begleitung der Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte ➤ Fertigstellung der "Botschaft für die technische Zusammenarbeit / Finanzhilfe mit Entwicklungsländern" und Begleitung der Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte <p>(Schutz Investitionen im Ausland: Kompetenz EVD)</p>
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 5</u></p> <p>Stärkere Gewichtung der Armutsbekämpfung und der guten Regierungsführung in den DEZA-Programmen und im politischen Dialog</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verabschiedung einer "DEZA-Strategie für Soziale Entwicklung" ➤ Auswertung und Vertiefung von Armutsbekämpfungs- und Ermächtigungsstrategien für die Weiterentwicklung des Landesprogramms in bestimmten Schwerpunktländern der DEZA ➤ Erarbeitung und Verabschiedung einer "Antikorruptionspolitik" der DEZA
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 6</u></p> <p>Weiterentwicklung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen zu den USA</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Weiterführung der aussenpolitischen Kontakte auf Stufe Aussenminister/Politische Direktoren ➤ Gezielter aussenpolitischer Meinungs-austausch auf Verwaltungsebene in Bereichen gemeinsamer Interessen ➤ Förderung des Austauschs von Studierenden durch die Schaffung einer sog. Fulbright-Kommission in der Schweiz ➤ Förderung der schweizerischen Präsenz in den USA zwecks Image-Verbesserung

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 7</u></p> <p>Fortgesetzte aussenpolitische Präsenz in der Balkanregion mit möglichst koordiniertem Einsatz der verschiedenen Instrumente (TZ, Finanzhilfe, OSZE-Missionen, Rückkehr der Flüchtlinge, friedenspolitische Projekte, Aktionen zur Festigung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen) in einzelnen Ländern und der Region (wo sinnvoll und machbar)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Weiterführung der TZ-Länderprogramme in den Schwerpunktländern Albanien, Bulgarien, Mazedonien und Rumänien sowie des Sonderprogramms in Bosnien-Herzegowina. Durchführung eines Sonderprogrammes Kroatien ➤ Weiterführung der Finanzhilfeprogramme in ausgewählten Sektoren (v.a. Energie und Telekommunikation) ➤ Verstärktes Engagement in der OSZE-Mission in Kroatien und fortgesetzte Unterstützung der OSZE-Mission in Bosnien-Herzegowina ➤ Weiterführung friedenserhaltender Massnahmen zur Förderung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen mit Schwergewicht in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Mazedonien. Fortgesetzte Unterstützung internationaler Organisationen in Bosnien-Herzegowina zur Umsetzung des Dayton-Abkommens
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 8</u></p> <p>Verstärktes schweizerisches Engagement bei der Bearbeitung von Konfliktherden</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Fortführung des Engagements in Friedensförderung innerhalb internationaler Organisationen (OSZE, UNO) ➤ Konzertierte Aktionen in ausgewählten Spannungsherden ➤ Vermehrte Zusammenarbeit mit Vertretern der Zivilgesellschaft (Parlamentarier, NGOs, Kultur, Wirtschaft)
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 9</u></p> <p>Verabschiedung des Menschenrechtskonzeptes als Element einer kohärenten Aussenpolitik und Anwendung in den Aussenbeziehungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verabschiedung des Menschenrechtskonzeptes durch den Bundesrat ➤ Anwendung in den Aussenbeziehungen ➤ Besondere Unterstützung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 10</u></p> <p>Förderung des humanitären Völkerrechtes, u.a. durch Treffen der Vertragsstaaten der Genfer Konventionen zur Besprechung allgemeiner Probleme dessen Anwendung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Durchführung des ersten Periodischen Treffens der Vertragsstaaten der Genfer Konventionen zur Besprechung allgemeiner Probleme der Anwendung des humanitären Völkerrechts (Genf, 19. bis 23. Januar 1998) ➤ Fortsetzung des Ottawa-Prozesses (Botschaft Konvention über Verbot der Antipersonenminen, Umgang mit leichten Waffen)
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 11</u></p> <p>Förderung / Konsolidierung des internationalen Genf, vor allem im Lichte des UNO-Reformprozesses</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Inbetriebnahme dreier neuer Gebäude in Genf (Konferenzraum CWR, Palais Wilson, OMM) ➤ Bericht über die Empfangspolitik der internationalen Organisationen und die Rolle der "FIPOI" gegenüber heutigen Erfordernissen und Möglichkeiten (Antworten auf die Postulate Meyer vom 20.3.1997 und 1.12.1994) ➤ Anpassung der Empfangspolitik der NGO an die heutigen Erfordernisse und Möglichkeiten (Lösung des Problems der „gesetzlichen Grundlage“) ➤ Finanzielle Beiträge an bestimmte Aktivitäten, zur Verstärkung von Genf als internationales Verhandlungszentrum
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 12</u></p> <p>Rechtliche Rahmenbedingungen der Aussenpolitik, insbesondere: Verfassungsrevision, Mitwirkung der Kantone</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Aktive Begleitung der parlamentarischen Beratungen zur Verfassungsreform und zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes ➤ Beteiligung an der Ausarbeitung einer Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen betreffend die Modalitäten der kantonalen Mitwirkung an der Aussenpolitik
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 13</u></p> <p>Verabschiedung des personalpolitischen Leitbildes und Beginn Umsetzung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Erarbeitung eines Berichtes über die Rolle der schweizerischen Diplomaten zu Beginn des 21. Jahrhunderts und Integration der Ergebnisse in die vorliegenden Vorschläge zur Karrierereform ➤ Bereinigung des Berichtes des Steuerungsausschusses "Personalpolitisches Leitbild" und Ableitung daraus des eigentlichen Leitbildes

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 14</u></p> <p>Umsetzung des Konzeptes "Verankerung der Aussenpolitik in der Innenpolitik", namentlich durch Start der EDA-Website, Relancierung der Zeitschrift "Die Schweiz und die Welt" und Beginn der Aktivitäten im Schulbereich im Rahmen des Fünfahrprogramms "Aussenpolitik an den Schulen"</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Start und laufende Aktuellhaltung der EDA-Website➤ Relancierung der Zeitschrift "Schweiz global" (neues Konzept, erhöhte Erscheinungsfrequenz)➤ Erste Kurse im Bereich der Lehrerfortbildung➤ Präsenz an Ausstellungen wie "worlddidac" und "Salon du livre"➤ Herausgabe einer Broschüre über das EDA ("Blickpunkt EDA")
---	--

ZIELE FÜR DAS JAHR 1998

Departement des Innern

Jahresziele 1998 * Ziele basieren auf den Jahreszielen 1998 des Bundesrates	Massnahmen 1998
<p>* <u>Ziel 1</u></p> <p>Reformvorschläge für den Hochschulbereich</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Durchführen eines Vernehmlassungsverfahrens zur Revision des Hochschulförderungsgesetzes➤ Ausarbeiten der Botschaft aufgrund der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens➤ Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat zuhanden des Parlaments
<p>* <u>Ziel 2</u></p> <p>Förderung der wissenschaftlichen Forschung</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Ausarbeiten einer Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Technologie für die Jahre 2000-2003 durch gemeinsame Projektorganisation EDI (GWF) und EVD (BBT)➤ Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat zuhanden des Parlaments
<p>* <u>Ziel 3</u></p> <p>Führen mit Leistungsauftrag und eigenem Rechnungskreis im ETH-Bereich</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Schaffen der rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die Einführung eines eigenen Rechnungskreises mit Bilanz und Erfolgsrechnung➤ Erstellen einer aussagekräftigen konsolidierten Rechnung➤ Bereitstellen entsprechender Führungsinformationen

<p style="text-align: center;">* <u>Ziel 4</u></p> <p>Soziale Grundsatzentscheide auf der Basis des Schlussberichts IDA FiSo 2</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Erarbeiten einer Vernehmlassungsvorlage zur 11. AHV-Revision mit den Hauptthemen Finanzierung und Flexibilisierung des Rentenalters ➤ Parallel dazu wird eine Vernehmlassungsvorlage zur 1. BVG-Revision ausgearbeitet ➤ Verabschiedung der Botschaft zur 6. EO-Revision zuhanden des Parlaments ➤ Neukonzeption der freiwilligen AHV/IV für Auslandschweizerinnen und -schweizer
<p style="text-align: center;">* <u>Ziel 5</u></p> <p>Rechtsanpassungen im Bereich der Krankenversicherung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausarbeiten der Botschaft zu einem Bundesbeschluss über die Bundesbeiträge in der obligatorischen Krankenversicherung für die Jahre 2000-2003 ➤ Ausarbeiten der Botschaft zu einer Teilrevision des KVG in denjenigen Punkten, in welchen sich aufgrund der ersten Erfahrungen mit dem KVG ein Handlungsbedarf abgezeichnet hat ➤ Verabschiedung der beiden Botschaften durch den Bundesrat zuhanden des Parlaments ➤ Durchführen des Vernehmlassungsverfahrens zu einer Aenderung der Verordnung über die Krankenversicherung ➤ Durchführen des Vernehmlassungsverfahrens zu einer Aenderung der Verordnung über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung ➤ Verabschiedung der beiden Verordnungsänderungen durch den Bundesrat
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 6</u></p> <p>Liberalisierung/Privatisierung SUVA</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Erarbeiten von Entscheidungsgrundlagen zuhanden des Bundesrates

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 7</u></p> <p>Anpassung des höchstversicherten Verdienstes im Bereich der Unfallversicherung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Unterbreiten einer Aenderung von Artikel 22 der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) zur Genehmigung an den Bundesrat
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 8</u></p> <p>Aus- und Weiterbildung akademischer Medizinalberufe</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ueberarbeiten von Botschaft und Gesetzesentwurf aufgrund der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens ➤ Verabschiedung der Vorlage durch den Bundesrat zuhanden des Parlaments
<p style="text-align: center;">* <u>Ziel 9</u></p> <p>Transplantationsregelung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vorbereiten der Volksabstimmung zum Verfassungsartikel ➤ Unterbreitung von Botschaft und Entwurf zur Aenderung des Blutbeschlusses (Xenotransplantation) an den Bundesrat zuhanden des Parlaments ➤ Durchführen einer Vernehmlassung zum Entwurf zu einem Transplantationsgesetz
<p style="text-align: center;">* <u>Ziel 10</u></p> <p>Konsolidierung der bundesrätlichen Sucht- und Drogenpolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Unterbreitung von Botschaft und Entwurf zu einem dringlichen Bundesbeschluss zur ärztlichen Verschreibung von Heroin an den Bundesrat zuhanden des Parlaments ➤ Erarbeiten eines Konzepts zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 11</u></p> <p>Umsetzung der neuen Wettbewerbsgesetzgebung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Unterbreitung von Botschaft und Entwurf zu einem Bundesgesetz über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikaliengesetz) an den Bundesrat zuhanden des Parlaments ➤ Erarbeiten eines Konzepts zur strukturellen Umsetzung des Gesetzes und eines entsprechenden Vorgehensplans

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 12</u></p> <p>Heilmittelgesetz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Unterbreitung von Botschaft und Entwurf zum Heilmittelgesetz an den Bundesrat zuhanden des Parlaments ➤ Festlegen der definitiven Struktur des Schweizerischen Heilmittelinstituts
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 13</u></p> <p>Strategische Planung im Gesundheitswesen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Erarbeiten der gesundheitspolitischen Prioritäten für die Jahre 2000-2005 und überprüfen der Aufgaben des BAG
<p style="text-align: center;">* <u>Ziel 14</u></p> <p>Feierlichkeiten zur Bundesstaatsgründung sowie Förderung der nationalen Identität und der Verständigung zwischen den Landesteilen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Koordination und Begleitung des Jubiläumsjahres 1998 mit den andern Bundesstellen, den privaten Trägerschaften, den Organisatoren des Festes vom 12. September und dem Parlament ➤ Ausstellung „Die Erfindung der Schweiz“ ➤ Eröffnung der Westschweizer Zweigstelle in Prangins am 18. Juni 1998 zum 100jährigen Jubiläum des SLM ➤ Erarbeiten eines Berichts über den Handlungsbedarf und den Handlungsspielraum bei der Unterstützung von Massnahmen zur Förderung der Verständigung durch den Bund ➤ Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens zu einem neuen Amtssprachengesetz ➤ Ausarbeiten der Botschaft aufgrund der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 15</u></p> <p>Stiftung Pro Helvetia</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vorbereiten der Zusprache 2000-2003 ➤ Erarbeiten einer Finanzierungsbotschaft
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 16</u></p> <p>Förderung der Ausbildung junger AuslandschweizerInnen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ueberarbeiten der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen ➤ Durchführen eines Vernehmlassungsverfahrens ➤ Unterbreiten des Berichts über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens an den Bundesrat

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 17</u></p> <p>Folgearbeiten der 4. Weltfrauenkonferenz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Projekt „Nationaler Aktionsplan“ wird abgeschlossen, der Plan veröffentlicht und dessen Vollzug durch die verschiedenen Adressaten sichergestellt ➤ Aufnahme der Redaktionsarbeiten zum 1. Bericht der Schweiz nach der Ratifizierung der UNO-Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 18</u></p> <p>Vollzug des Gleichstellungsgesetzes</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Betreuung der Projekte gemäss Art. 14 und 15 GIG ➤ Durchführen von Informationssitzungen ➤ Ausbildung im Hinblick auf die Einreichung von Projekten ➤ Unterstützung bei der Bewertung von Projekten
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 19</u></p> <p>Sicherung der archivwürdigen Unterlagen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Erarbeiten von Grundlagen für die Umsetzung der gesetzlichen Aufgaben in den Bereichen der Informationssicherung und des Informationszugangs ➤ Verbesserung der Fachkompetenz in der Anwendung der Neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (NIKT) auf die Verwaltung ➤ Kontinuierliche und systematische Sicherung der archivwürdigen Unterlagen der priorisierten Bundesorgane und privater Produzenten von nationaler Bedeutung im Rahmen der Weiterführung des Projektes SYSA ➤ Konzipierung der Archivierung elektronischer Unterlagen im Rahmen des Projektes ARELDA ➤ Praktische Umsetzung der systematischen Bewertung im Rahmen des Priorisierungskonzepts ➤ Fortsetzung der Aufbauarbeit und der Projekte zur Rettung des audiovisuellen Kulturguts im Rahmen des Vereins MEMORIAV

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 20</u></p> <p>Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für eine zukunftsorientierte Dienstleistungserbringung im Bereich der SMA</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Unterbreitung von Botschaft und Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Meteorologie und Klimatologie an den Bundesrat zuhanden des Parlaments
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 21</u></p> <p>Vorbereitung der Volkszählung 2000</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Ausarbeiten einer Verordnung über die Strukturerhebung der Schweiz➤ Durchführen einer Probezählung➤ Vorbereitungsarbeiten für den Aufbau eines eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters und die registergestützte Volkszählung mit Hilfe der Einwohnerregister der Gemeinden

ZIELE FÜR DAS JAHR 1998

Justiz- und Polizeidepartement

Jahresziele 1998	Massnahmen 1998 <ul style="list-style-type: none">• ebenfalls Massnahmen der Planung auf Stufe Bundesrat
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 1:</u></p> <p>Verfassungs-, Justiz- und Staatsleitungsreform</p> <ul style="list-style-type: none">- Die Behandlung der Vorlagen A, B und C im Parlament soll spätestens in der Wintersession abgeschlossen werden- Arbeiten am Bundesgerichtsgesetz so vorantreiben, dass die parlamentarischen Beratungen zur Justizreform in Kenntnis der sich aus der Vernehmlassung abzeichnenden Grundzüge dieses Gesetzes erfolgen können- bis Mitte des Jahres eine politisch tragfähige Vernehmlassungsvorlage zur Staatsleitungsreform präsentieren	<ul style="list-style-type: none">➤ Arbeit des Parlaments und der Verfassungskommissionen optimal unterstützen• Der Bundesrat nimmt im Mai Kenntnis von den Ergebnissen des Vernehmlassungsverfahrens und legt das weitere Vorgehen fest• Eröffnung der Vernehmlassung in der zweiten Jahreshälfte; vorangehend je nach Bedarf Aussprachepapiere zuhanden des Bundesrates

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 2:</u></p> <p>Ausländer-, Asyl- und Flüchtlingspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> - Initiierung der Folgearbeiten zum Bericht der Expertenkommission „Migration“ und der Stellungnahme des Bundesrates - Verbesserung der Zusammenarbeit Bund - Kantone im Bereich Wegweisungsvollzug im Asyl- und Ausländerbereich - Rückführungen nach Bosnien und der BR Jugoslawien konsequent fortsetzen 	<ul style="list-style-type: none"> ● Kenntnissgabe des Berichts der Expertenkommission „Migration“ samt Stellungnahme des Bundesrates an das Parlament im Frühjahr ● Ausarbeitung eines verwaltungsinternen Entwurfs zur Totalrevision ANAG bis Ende Jahr ➤ Einleitung der Umsetzung der Vorschläge der Arbeitsgruppe der KKJPD „Vollzugshilfe im Asyl- und Ausländerrecht“
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 3:</u></p> <p>Innere Sicherheit</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung des Informationsaustauschs und Verstärkung der Kooperation bei Einsätzen, Ermittlung und Verhütung von Straftaten mit den Nachbarstaaten - Bessere Verhütung und Bekämpfung von Straftaten, Ausbau des Sanktionensystems - Griffige Massnahmen gegen die Korruption unter Berücksichtigung der Richtlinien der OECD 	<ul style="list-style-type: none"> ● Abschluss der Verhandlungen mit Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der innern Sicherheit ● Unterbreitung der Botschaft zur Revision des Allgemeinen Teils StGB und MStG (einschliesslich des Dritten Buches) ● Botschaft zum Bundesgesetz über die Jugendstrafrechtspflege ➤ Botschaft zu den Bundesgesetzen betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs sowie die verdeckte Ermittlung ● Unterbreitung einer Botschaft an das Parlament, eventuell erst Anfangs 1999

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 4:</u></p> <p>Reorganisation EJPD</p> <ul style="list-style-type: none"> - Konsolidierung und Evaluation der Leistungserfassung - Erarbeiten der Grundlagen für ein systematisches Reporting, damit die Umsetzung 1999 eingeleitet werden kann - vollständige betriebliche und räumliche Integration der ins BFA transferierten Sektionen des BWA - Reorganisation des departementalen Budgetierungsprozesses - Prozessanalyse der Zentralstellendienste durchgeführt und Umsetzung abgeschlossen 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vorarbeiten abgeschlossen ➤ Der neue Budgetierungsprozess ist eingeführt ➤ Die Analysen sind abgeschlossen und die daraus abzuleitenden organisatorischen Anpassungen sind vollzogen.
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 5:</u></p> <p>Wirtschaftliche Erneuerung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Verabschiedung Botschaft zum Konsumkreditgesetz ➤ Kenntnisnahme Vernehmlassung Fusionsgesetz ● Verabschiedung Botschaft Anwaltsgesetz ➤ Verabschiedung Botschaft über die Kaufmännische Buchführung ➤ Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zum Rechnungslegungsrecht ➤ Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zur Revision des Rechts der GmbH ➤ Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zum Versicherungsvertragsgesetz und Versicherungsaufsichtsrechts ➤ Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zur Totalrevision des Muster- und Modellgesetzes, evtl. Botschaft

ZIELE FÜR DAS JAHR 1998

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Jahresziele 1998	Massnahmen 1998
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 1</u></p> <p>Das neue Departement VBS funktioniert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die neuen Organisationseinheiten werden erfolgreich eingegliedert. ➤ An der neuen Unternehmenskultur wird konsequent weitergearbeitet. ➤ Die Informatikprojekte werden koordiniert und konsolidiert.
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 2</u></p> <p>EMD 95 und Armee 95 sind weiter optimiert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die vier Rüstungsunternehmen können ihre neue Rechtsform auf den 1. Januar 1999 übernehmen. ➤ Die Schwächen in der „Ausbildungskonzeption 95“ werden ausgemerzt. ➤ PROGRESS wird konsequent realisiert.
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 3</u></p> <p>Es sind günstige Voraussetzungen für die Zukunft geschaffen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ <u>Alle</u> Geschäfte und insbesondere das Rüstungsprogramm 98 werden auf die sich abzeichnende Konzeption der Armee 200X abgestimmt. ➤ Die internationale Solidarität wird durch selbstbewusste Beiträge im Rahmen von PfP und zu Gunsten der OSZE weiter ausgebaut.

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 4</u></p> <p>Das zentrale Geschäft Armee 200X ist eingeleitet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Empfehlungen der „Studienkommission für strategische Fragen“ werden verarbeitet. ➤ Die „Politischen Leitlinien auf dem Weg zur Armee 200X“ werden verabschiedet. ➤ Der Aktionsplan der Projektorganisation Armee 200X wird festgelegt. ➤ Kantone, Gemeinden, die Wirtschaft sowie sicherheitspolitische „Opinion leaders“ werden an die Konsequenzen der Armee 200X herangeführt.
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 5</u></p> <p>Die Leistungen des VBS sind der in- und ausländischen Öffentlichkeit bekannt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die gegenwartswirksamen Leistungen des Departements und der Armee werden breit kommuniziert.
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 6</u></p> <p>Der Grundsatzentscheid zur Förderung nationaler Sportanlagen wird gefällt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Kreditbotschaft wird dem Bundesrat bis Ende April 1998 vorgelegt. ➤ Das Geschäft wird in der Herbst- und Wintersession in beiden Räten vertreten.
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 7</u></p> <p>Die Begleitung und Unterstützung der Olympiakandidatur Sion 2006 erfolgt optimal</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Unterstützung der Olympiakandidatur Sion 2006 wird im Zweitrat präsentiert und die notwendigen Garantien für das Kandidaturdossier werden bis August 1998 beigebracht.

ZIELE FÜR DAS JAHR 1998

Finanzdepartement

Jahresziele 1998 * Ziele basieren auf den Jahreszielen 1998 des Bundesrates	Massnahmen 1998
Die Reihenfolge der Ziele richtet sich nach der Aufführung der Ämter im Staatskalender	
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 1</u></p> Die Personalkostensteuerung im EFD ist umgesetzt	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Abschluss von Kontrakten mit allen Ämtern EFD ➤ Schaffung von Vorgaben und Kontrollinstrumenten ➤ Auswertung der ersten Erfahrungen
<p style="text-align: center;">* <u>Ziel 2</u></p> Das Vernehmlassungsverfahren zum Neuen Finanzausgleich ist durchgeführt	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Eröffnung der Vernehmlassung ➤ Ausarbeitung von Kommunikationskonzepten und -massnahmen für die Vernehmlassung ➤ Konstituierung einer Nachfolge-Projektorganisation Bund/Kantone für die Projektphase 3
<p style="text-align: center;">* <u>Ziel 3</u></p> Die Arbeiten im Bereich der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (Projekt FLAG) werden erfolgreich weitergeführt	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Abschluss der Leistungsvereinbarungen der Neuanwender 1998 ➤ Verabschiedung der Leistungsaufträge der Neuanwender 1999 z.H. Bundesrat ➤ Erfahrungen 1997 ausgewertet und Reporting-Richtlinien angepasst

<p>* <u>Ziel 4</u></p> <p>Der Weg zur Erreichung des Haushaltsziels 2001 (Stabilisierungsprogramm) ist geebnet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vorbereitung und Durchführung der Volksabstimmung zum „Haushaltsziel 2001“ ➤ Bereinigung VA 99 und Finanzplan 2000-2002 ➤ Polit. Konsultationen (Gespräche am „Runden Tisch“ zum Stabilisierungsprogramm 1998) ➤ Ausarbeitung der Botschaft zum Stabilisierungsprogramm 1998
<p>* <u>Ziel 5</u></p> <p>Die Unternehmungen POST und Swisscom AG sind gegründet; die Swisscom AG ist teilprivatisiert; die 1. Etappe der Bahnreform ist umgesetzt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ BR-Entscheide zu den strateg. Zielen, Rekapitalisierung und Eröffnungsbilanz der Swisscom ➤ Schaffung der Voraussetzungen für einen Börsengang der Swisscom ➤ SBB: Verabschiedung der Eignerstrategie, Leistungsvereinbarung, Eröffnungsbilanz
<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Die Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei ist aufgebaut</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Aufnahme der Tätigkeit der Kontrollstelle
<p><u>Ziel 7</u></p> <p>Die Revision Währungsverfassung ist vorbereitet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausarbeitung der Botschaft
<p><u>Ziel 8</u></p> <p>Der 2. Teil des Subventionsberichtes liegt vor</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vorbereitung des Berichts

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 9</u></p> <p>Der Weg für Anpassungen und Änderungen bei den Kantonalbanken ist geebnet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vorbereitung der Botschaft zum Kantonalbankengesetz
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 10</u></p> <p>Die Volksabstimmung „für eine gesicherte AHV - Energie statt Arbeit besteuern“ ist vorbereitet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vorbereitung der Botschaft
<p style="text-align: center;">* <u>Ziel 11</u></p> <p>Die Arbeiten an der Schweiz. Stiftung für Solidarität kommen voran</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Durchführung der Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf ➤ Ausarbeitung der Botschaft
<p style="text-align: center;">* <u>Ziel 12</u></p> <p>Das Projekt „Organisation Personalwesen“ wurde erfolgreich initialisiert, der Weg für eine Neuausrichtung der Personalpolitik ist geebnet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausarbeitung neuer Vorstellungen für die künftige Organisation des Personalwesens auf Bundesstufe ➤ Verabschiedung des Schlussberichts z.H. des Bundesrates
<p style="text-align: center;">* <u>Ziel 13</u></p> <p>Die Arbeiten am neuen Bundespersonalgesetz schreiten plangemäss voran</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Durchführung, Begleitung und Auswertung der Vernehmlassung ➤ Ausarbeitung der Botschaft
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 14</u></p> <p>Das Nachfolgeprojekt für ein Neues Personalinformationssystem (BV-Plus) ist erfolgreich angelaufen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Initialisierung und Durchführung der Voranalyse ➤ Ausarbeitung des Konzepts

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 15</u></p> <p>Die Neuausrichtung der EVK nimmt Gestalt an</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Abbau der Altlasten ➤ Ausarbeitung der Botschaft betreffend neue Anlagepolitik PKB ➤ Genehmigung des Rahmenstatuts PKB durch das Parlament ➤ Erstellung eines Unternehmungs-/Betriebskonzeptes PKB ➤ Erstellung der Überführungspläne Post/Swisscom/angeschlossene Organisationen ➤ Entscheid Auslagerungsplan EAK ➤ Neue Kontrollstelle PKB bestimmt ➤ Auftrag/Positionierung Sozialwesen
<p style="text-align: center;">* <u>Ziel 16</u></p> <p>Die Unternehmenssteuerreform 1997 ist vollzogen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Umsetzung der Neuerungen in Bund und Kantonen
<p style="text-align: center;">* <u>Ziel 17</u></p> <p>Vorbereitung und Umsetzung verschiedener steuerrechtlicher Reformprojekte kommen voran</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Evaluierung des Reformbedarfs/Reformmassnahmen in verschiedenen Steuerbereichen (direkte Bundessteuern, Stempel, etc.) ➤ Auswertung der Berichte der Expertenkommissionen „Behnisch“ und „Locher“ ➤ Inangriffnahme der Grundlagenarbeiten für eine ökologischen Steuerreform ➤ Begleitung der Parlamentsberatungen zum neuen MWStG
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 18</u></p> <p>Die Totalrevision des Zollgesetzes ist vorbereitet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Überarbeitung des bestehenden Entwurfs ➤ Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

<p>* <u>Ziel 19</u></p> <p>Der Weg für die Liberalisierung des Sprithandels ist geebnet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Freigabe der Produktion von Industriesprit im Inland ➤ Schaffung eines Profit-Centers ➤ Vorbereitung der rechtlichen Voraussetzungen für die Liberalisierung des Imports von hochgradigem Alkohol ➤ Anpassung der Markttrennung im Sprithandel
<p><u>Ziel 20</u></p> <p>Der wirtschaftliche Einsatz der Standardsoftware SAP in der Bundesverwaltung ist sichergestellt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bereinigung und Umsetzung der Organisation „Competence Center SAP“ ➤ Initialisierung der neuen Projekte
<p><u>Ziel 21</u></p> <p>NOVE IT: Die Neuorganisation der Informatik und Telekommunikation ist eingeleitet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausarbeitung eines Antrags an den Bundesrat
<p><u>Ziel 22</u></p> <p>Das BG über das Inverkehrbringen von Bauprodukten ist vorbereitet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Durchführung der Vernehmlassung ➤ Ausarbeitung der Botschaft ➤ Entwurf der Ausführungsverordnungen
<p><u>Ziel 23</u></p> <p>Die Bundesverwaltung ist für die Jahr-2000-Thematik hinreichend sensibilisiert. Die notwendigen Massnahmen für die Jahr-2000-Fähigkeit der Informatiksysteme und -anwendungen in der Bundesverwaltung sind eingeleitet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Sensibilisierung, Ausbildung und Information ➤ BRB „Auftrag/Weisung“ betreffend das Jahr-2000-Problem ➤ Vornahme der applikatorischen Anpassungen und Test aller Anwendungen hoher Kritikalität bei Anwendungen im Bereich der EFD-Verantwortung

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 24</u></p> <p>Der Liegenschaftsdienst, die KBZ, das AFB und die EDMZ sind in die Strukturen des neuen Bundesamtes (Bau, Liegenschaften, Beschaffung) integriert, das neue Amt ist operationsbereit</p>	<p>➤ Verabschiedung und Umsetzung der Reformmassnahmen NOVE</p>
--	---

ZIELE FÜR DAS JAHR 1998

Volkswirtschaftsdepartement

Jahresziele 1998	Massnahmen 1998
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 1</u></p> <p>Umsetzung der Entscheide des Bundesrates in Zusammenhang mit der Verwaltungsreform</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Reorganisation des BWA (Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit)➤ Aufbau des BBT (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie)➤ Reorganisation der landwirtschaftlichen Forschung
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 2</u></p> <p>Mitwirkung des Departements bei der Umsetzung der Strategie des Bundesrates für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Aktive Teilnahme an den Arbeiten der interdepartementalen Koordinationsgruppe➤ Erstellung eines ersten Massnahmenkataloges zuhanden des Bundesrates mit den folgenden Bereichen: "Bildungsoffensive", "Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandortes", "Elektronischer Geschäftsverkehr" und "Wissenschaftliche Begleitung"

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 3</u></p> <p>Weiterführung der Agrarreform. Geplantes Inkrafttreten: 1. Januar 1999</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Abschluss der parlamentarischen Beratungen ➤ Vorbereitung und Schaffung der gesetzlichen und materiellen Grundlagen für die Verwirklichung und Umsetzung der Agrarpolitik 2002 ➤ Neuer, befristet geltender Getreideartikel in der Bundesverfassung: Festlegung des Abstimmungsdatums durch den Bundesrat und Kampagne ➤ Schaffung der gesetzlichen Grundlagen und der notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen für die Liquidation der Schweizerischen Käseunion auf Anfang 1999, gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des neuen Landwirtschaftsgesetzes ➤ Erarbeitung der Botschaft für die Festlegung der finanziellen Mittel in den wichtigsten Bereichen in der Form von Zahlungsrahmen für die Periode 2000 – 2003/2004 ➤ Festlegung des Abstimmungsdatums für die Volksinitiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologisch Bauernhöfe» und Kampagne
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 4</u></p> <p>BSE</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Massnahmen zur Ermöglichung der Wiederaufnahme der Exporte von Lebewieh und Tierprodukten ➤ Verhandlungen mit der EU ➤ Bilaterale Kontakte
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 5</u></p> <p>Neukonzeption Wirtschaftsentwicklung, insbesondere auch der Politik zugunsten der KMU</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Schaffung einer zentralen Anlaufstelle ('Guichet') für KMU ➤ Inventarisierung und Evaluation bundesrechtlicher Bewilligungsverfahren mit dem Ziel der administrativen Entlastung der KMU
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 6</u></p> <p>Bundesgesetz über die Exportförderung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausarbeitung der Botschaft und Behandlung in den Eidgenössischen Räten

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 7</u></p> <p>Revision der Arbeitsgesetzgebung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Weiterbehandlung des Arbeitsgesetzes im Parlament
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 8</u></p> <p>Sanierung der Arbeitslosenversicherung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Sanierung der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung als Teil der Sanierung der Bundesfinanzen (Stabilisierungsprogramm) und der Umsetzung des Berichtes IDA FiSo II sowie im Hinblick auf die befristete Wirksamkeit des dritten Lohnprozentes ➤ Arbeitslosenversicherungskasse: Abnahme der Rechnungen 1995 und 1996 ➤ Evaluation der neuen Instrumente als Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 9</u></p> <p>Botschaft über Massnahmen zur Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2000-2003</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausarbeitung der Botschaft in Zusammenarbeit mit dem EDI
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 10</u></p> <p>Reform der Berufsbildung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausarbeitung einer vernehmlassungsreifen Botschaft ➤ Verwirklichung von Massnahmen des Berufsbildungsberichts, die ohne Gesetzesrevision vorgenommen werden können ➤ Vollzug des Gesetzes und des Lehrstellenbeschlusses aufgrund des Investitionsprogrammes 1997

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 11</u></p> <p>Start und Vollzug des Prozesses "Fachhochschullandschaft Schweiz"</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Anerkennung der FHS durch den Bundesrat ➤ Neues, leistungsorientiertes Finanzierungsmodell - Aenderung des Fachhochschulgesetzes ➤ Kompetenzaufbau in angewandter Forschung und Entwicklung in den Bereichen Bildung, Technik und Wirtschaft ➤ Vorlage nationaler Kompetenzzentren ➤ Konzept "Qualitätssicherung"
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 12</u></p> <p>Neugestaltung der Wohnungs- politik</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bericht an den BR bis Ende 1998 ➤ Evaluation des Gesetzes vom 20. März 1970 über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten ➤ Botschaft zur Volksinitiative "Ja zu fairen Mieten"
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 13</u></p> <p>"Gen-Lex-Motion" im ausserhuma- nen Bereich der Gentechnologie</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einsetzung einer Ethikkommission im ausserhu- manen Bereich der Gentechnologie ➤ Redaktionelle Mitarbeit bei der Botschaft zu- handen der Eidg. Räte bezüglich der Revision des Tierschutzgesetzes (Antrag betreffend transgene Tiere)
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 14</u></p> <p>EXPO 2001</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Redaktionskoordination des Antrags an den Bundesrat bezüglich Inhalt und Form der Bun- desbeteiligung an der EXPO.01 als Aussteller ➤ Mitarbeit an der Erstellung eines "Sachplans EXPO.01", welcher ein Gesamtbild der beteilig- ten Interessen erbringen und den Rahmen sowie die Bedingungen einer Koordination der Ver- fahren zwischen den Bundes- und den Kantons- behörden in Fragen überkantonaler Wichtigkeit fixieren soll

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 15</u></p> <p>Abschluss der bilateralen sektoriellen Verhandlungen mit der EU und Vorbereitung der nächsten Etappen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Realisierung der Verhandlungsergebnisse ➤ Botschaft zur Volksinitiative „Ja zu Europa“
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 16</u></p> <p>Abschluss von Freihandelsabkommen im Rahmen der EFTA mit den Staaten des Mittelmeerraums und evtl. weiteren Staaten</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Abschluss der Abkommen mit Tunesien und Zypern ➤ Aufnahme von Verhandlungen mit Kanada, Jordanien, Malta und der PLO
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 17</u></p> <p>Umsetzung der Resultate aus WTO-Verhandlungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Parlamentarische Zustimmung für die Bereiche Informationstechnologie (erfolgte in der Frühjahrsession 98) und Finanzdienstleistungen
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 18</u></p> <p>Sicherstellung der notwendigen Verpflichtungsmittel für die Fortführung der Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bundesrats-Entscheid zum neuen Rahmenkredit mit anschliessender Behandlung durch die Eidgenössischen Räte

ZIELE FÜR DAS JAHR 1998

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Jahresziele 1998	Massnahmen 1998
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 1</u></p> <p>Das UVEK ist neu gestaltet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das BUWAL wird reorganisiert und integriert ➤ Der Bereich Strassenverkehr wird in das Bundesamt für Strassen integriert ➤ Das BAKOM bereitet sich auf den Start als FLAG-Amt auf den 1.1.1999 vor
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 2</u></p> <p>POST und Swisscom sind marktfähig und stellen den „Service public“ sicher</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die strategischen Ziele werden umgesetzt ➤ Die Anstellungsregelungen für die Jahre 1998-2000 werden getroffen ➤ Der Börsengang der Swisscom wird vorbereitet ➤ Die Regulierung des Post- und Fernmeldemarktes wird eingeführt
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 3</u></p> <p>Die Wege für eine wettbewerbsfähige Verkehrspolitik sind geebnet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Bahnreform wird umgesetzt ➤ Die Botschaft zur Umsetzung des Alpenschutzes wird verabschiedet ➤ Massnahmen zur verstärkten Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs auf die Schiene werden vorbereitet ➤ Das revidierte Luftfahrtgesetz wird in Kraft gesetzt und der „Sachplan Infrastruktur Luftfahrt“ wird für die Mitwirkung nach RPG öffentlich aufgelegt ➤ Massnahmen aus dem GPK-Inspektionsbericht „Nationalstrassenbau“ und den Fachberichten „Standards im Nationalstrassenbau“ und „Substanzerhaltung“ werden vorbereitet und umgesetzt

<p style="text-align: center;"><u>Ziel 4</u></p> <p>Die Grundlagen für die zukünftige Energiepolitik sind vorbereitet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zum Gesetz über die Liberalisierung des Strommarktes wird ausgewertet und die Botschaft verabschiedet ➤ Die Vernehmlassung zur Revision der Atomgesetzgebung wird vorbereitet
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 5</u></p> <p>Die Grundlagen für die Weiterführung der nachhaltigen Umweltpolitik sind konsolidiert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das ECE/UNO-Übereinkommen über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrie-Unfällen wird ratifiziert ➤ Die Ausführungsverordnungen zu einer Reihe von Gesetzesänderungen, die die Anwendung des Verursacherprinzips fördern, werden verabschiedet und in Kraft gesetzt ➤ Der Bericht über lufthygienische Massnahmen wird verabschiedet
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 6</u></p> <p>Die Medienpolitik verfügt über zukunftsgerichtete Grundlagen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Voraussetzungen und Stossrichtung für die Revision des RTVG werden geklärt
<p style="text-align: center;"><u>Ziel 7</u></p> <p>Die Strategie "Informationsgesellschaft Schweiz" ist konkretisiert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Interdepartementale Koordinationsgruppe wird konstituiert ➤ Die Konzepte und Aktionspläne der beteiligten Departemente werden dem Bundesrat unterbreitet

Jahresziele 1998 des Bundesrats im Überblick

- Ziel 98-1 Schaffung einer Schweizerischen Stiftung für Solidarität
- Ziel 98-2 Weiterführung der Reformen in den Bereichen Staatsleitung und Justiz
- Ziel 98-3 Föderalismus-Reform durch neuen Finanzausgleich: Abschluss der Vorarbeiten
- Ziel 98-4 Umsetzungsarbeiten zum neuen Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz
- Ziel 98-5 Konkretisierung der Strategie „Informationsgesellschaft Schweiz“
- Ziel 98-6 Vorschläge auf Verfassungs- und Gesetzesstufe zu Sparmassnahmen und zur Sicherung der Steuereinnahmen
- Ziel 98-7 Inangriffnahme von Grundlagenarbeiten zu einer ökologischen Steuerreform
- Ziel 98-8 Massnahmen zur Verbesserung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen - Fortführung der Strukturanpassungen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Telekommunikation, Post und Landwirtschaft
- Ziel 98-9 Reformvorschläge für den Hochschulbereich - Förderung der wissenschaftlichen Forschung - Weiterführung der Beteiligung an Forschungs- und Bildungsprogrammen auf internationaler Ebene
- Ziel 98-10 Reform und Stärkung der Berufsbildung
- Ziel 98-11 Sozialpolitische Grundsatzentscheide auf der Basis des Schlussbericht IDA FiSo 2 - Vorbereitung der 11. AHV-Revision - Rechtsanpassungen und Kreditbewilligungen im Bereich der Krankenversicherung
- Ziel 98-12 Massnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung
- Ziel 98-13 Inangriffnahme gesetzgeberischer Arbeiten im Bereich der ausserhumanen, Weiterführung im Bereich der humanen Gentechnologie
- Ziel 98-14 Konsolidierung der bundesrätlichen Sucht- und Drogenpolitik
- Ziel 98-15 Konzept einer künftigen Migrationspolitik - Vollzug der geltenden Flüchtlingspolitik

- Ziel 98-16 Förderung und Beteiligung an Feierlichkeiten zur Bundesstaatsgründung sowie Beteiligung des Bundes an der Landesausstellung 2001 - Aufwertung des Rätoromanischen zur Teilamtssprache
- Ziel 98-17 Klärung der Rolle des Bundes bei der Förderung des Sports
- Ziel 98-18 Weiterführung der nachhaltigen Umweltpolitik
- Ziel 98-19 Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Bahn und Luftverkehrsgesellschaften
- Ziel 98-20 Umsetzung des Alpenschutzartikels mittels nichtdiskriminierender, marktwirtschaftlicher Massnahmen
- Ziel 98-21 Liberalisierung des Strommarktes - Vorbereitung der Kernenergiegesetzgebung
- Ziel 98-22 Beziehungen zur EU: Umsetzung der Ergebnisse der bilateralen Verhandlungen und Vorbereitung der nächsten Schritte
- Ziel 98-23 Vorarbeiten für eine Vorlage zum Beitritt der Schweiz zur UNO
- Ziel 98-24 Wahrung der schweizerischen Interessen in der Auseinandersetzung "Schweiz-Zweiter Weltkrieg" - allgemeine Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes im Ausland
- Ziel 98-25 Finanzielle Sicherung der weiteren Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten, der GUS und den Entwicklungsländern - Mitarbeit an internationalen Bemühungen zum Schutz ausländischer Investitionen
- Ziel 98-26 Konsolidierung der Beteiligung an Partnership for Peace (PfP)
- Ziel 98-27 Unterbreitung neuer sicherheitspolitischer Leitlinien
- Ziel 98-28 Konsolidierung der Massnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit

Anhang 2

Jahresziele 1998 des Bundesrats: Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte (Verabschiedung pro Halbjahr)

INSTITUTIONEN UND FINANZEN

Staatsleitungs- und Verfassungsreform	<u>1. Halbjahr</u>	<u>2. Halbjahr</u>
	1998	1998
<ul style="list-style-type: none">• Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen zur Schweizerischen Stiftung für Solidarität	X	
<ul style="list-style-type: none">• Bundespersonalgesetz / BB nach Art. 48 Beamtengesetz (PKB)		X

Finanzpolitik und Bundeshaushalt	<u>1. Halbjahr</u>	<u>1. Halbjahr</u>
	1998	1998
<ul style="list-style-type: none">• Sparprogramm 1998		X
<ul style="list-style-type: none">• 2. Bericht über die Prüfung der Bundessubventionen		X
<ul style="list-style-type: none">• Botschaft über Massnahmen betreffend Lärmschutz bei Bahnen	X	
<ul style="list-style-type: none">• Revision Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen	X	
<ul style="list-style-type: none">• Botschaft über die Volksinitiative „gegen eine unfaire Mehrwertsteuer im Sport und im Sozialbereich“	X	

DIE WICHTIGSTEN AUFGABENGEBIETE

Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit	<u>1. Halbjahr</u> 1998	<u>1. Halbjahr</u> 1998
• Revision des Arbeitsgesetzes	X	
• Botschaft über die finanziellen Mittel der agrarpolitischen Massnahmen 2000-2003/4		X
• Bericht (evt. mit Botschaft) über regulatorische Reformen für kleine und mittlere Unternehmungen		X
• Aussenhandelsförderungsgesetz	X	
• Bundesgesetz über den Konsumkredit		X
• Revision der Strafbestimmungen des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb	X	
• Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (Anwaltsgesetz)	X	
• Bundesgesetz über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikaliengesetz)		X

Forschung und Bildung in Wirtschaft und Gesellschaft	<u>1. Halbjahr</u> 1998	<u>1. Halbjahr</u> 1998
• Botschaft für die Förderung der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit in den Jahren 1999 - 2003	X	
• Revision des Hochschulförderungsgesetzes		X
• Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2000 - 2003		X
• Botschaft zur Revision des Berufsbildungsgesetzes		X
• Bericht über ein gesamtheitliches Bildungskonzept		X

Soziale Sicherheit - Gesellschaftspolitik - Gesundheit	<u>1. Halbjahr</u> 1998	<u>1. Halbjahr</u> 1998
• Revision des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Revision der freiwilligen Versicherung)		X
• Botschaft über die Volksinitiative „für eine gesicherte AHV - Energie statt Arbeit besteuern“	X	
• Botschaft zur Volksinitiative „für eine Flexibilisierung der AHV - gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen“	X	
• Botschaft zur Volksinitiative „für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann“	X	
• Bundesbeschluss über die Bundesbeiträge in der obligatorischen Krankenversicherung für die Jahre 2000-2003		X
• Aenderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung		X
• Massnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung	X	
• Gen-Lex-Motion (96.3363): Bericht an das Parlament über die Resultate der Vernehmlassung über die Gesetzesänderungen		X
• Aenderung des BB vom 22.3.96 über die Kontrolle von Blut, Blutprodukten und Transplantaten		X
• Bundesgesetz über die Heilmittel		X
• Dringlicher Bundesbeschluss zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes betr. die ärztliche Verschreibung von Betäubungsmitteln	X	
• Migrationspolitik. Bericht	X	
• Amtssprachengesetz		X
• Botschaft zur Volksinitiative « Ja zu fairen Mieten »		X

Infrastruktur - Umwelt - Raumordnung	<u>1. Halbjahr</u> 1998	<u>1. Halbjahr</u> 1998
• Bericht über lufthygienische Massnahmen des Bundes und der Kantone	X	
• Botschaft betreffend den Zahlungsrahmen für die SBB und die Genehmigung der Leistungsvereinbarung	X	
• Grundsatzentscheid betr. Schaffung eines binationalen franz.-schweiz. Flugsicherungszentrums	X	
• Botschaft zur Umsetzung des Alpenschutzartikels		X
• Botschaft über das Elektrizitätsmarktgesetz	X	
• Botschaft zur Volksinitiative „Keine Wasserflugzeuge auf Schweizer Seen“		X
• Botschaft über die Teilrevision des Strassenverkehrsgesetzes		X

Aussenbeziehungen	<u>1. Halbjahr</u> 1998	<u>1. Halbjahr</u> 1998
• Bericht über die sektoriellen Verhandlungen Schweiz/EU unter Einschluss von Botschaften über verschiedene, vom Parlament zu genehmigende Vereinbarungen und innerstaatliche Rechtspassungen	unbestimmt	
• Botschaft zur Initiative « Ja zu Europa »	X	
• Bericht über das Verhältnis zwischen der Schweiz und der UNO	X	
• Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern	X	
• Botschaft über die Weiterführung der Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten (III. Rahmenkredit)	X	
• Multilaterales Investitionsabkommen	X	
• Botschaft zum Uebereinkommen vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes	X	
• Botschaft zum Uebereinkommen über das vollständige Verbot von Anti-Personenminen	X	
• Ratifizierung der ECE/UNO-Konvention über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen	X	

Sicherheit	1. Halbjahr 1998	1. Halbjahr 1998
• Verstärkung der strafrechtlichen Bekämpfung der Korruption		X
• Bilaterale Abkommen mit Italien, Deutschland und Österreich über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (Schengen)	X	
• Revision des Allgem. Teils des Strafgesetzbuches (StGB, AT, 3. Buch und BG über Jugendstrafrechtspflege)	X	